

## Gemeinsamer Antrag Nr. 06

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,  
der Freiheitlichen Arbeitnehmer - FPÖ,

an die 180. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 14. November 2023

### Echte Mietenbremse jetzt!

Arbeitnehmer:innen wurden in den letzten Jahren durch massive Mietzinssteigerungen belastet. Die gestiegenen Mieten befeuern auch die ohnehin unverhältnismäßig hohe Inflation. Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Mietendeckels (3. Mietrechtliches Inflationslinderungsgesetz; 3. MILG) vorgestellt, der für bestimmte Mietsegmente eine Reduktion der Mietsteigerungen der kommenden Jahre bezweckt. Jene Mieter:innen, für deren Verträge das Gesetz keine höchstzulässige Miete vorsieht, sollen nach dem Entwurf der Bundesregierung nicht entlastet werden. Gerade diese 425.000 Haushalte, die bereits jetzt die höchsten Mieten bezahlen, sollen daher nicht entlastet werden, obwohl deren Mieten seit 2022 bereits um rund 23% angehoben wurden.

Für Mietverträge, die vom Mietendeckel der Bundesregierung auch tatsächlich umfasst sind, kommt die Entlastung deutlich zu spät. Mieter:innen mit Kategoriemietzinsen mussten in den letzten beiden Jahren bereits Anhebungen von ca 24% hinnehmen. Ihre Mietzinse sollen im kommenden Jahr um weitere 5% steigen. Damit werden sie gegenüber der bisherigen Rechtslage nicht bessergestellt. Vielmehr soll es bei diesen Mietverträgen zukünftig zu häufigeren Anhebungen kommen.

Mieter:innen mit Richtwertmieten sollen vom Mietendeckel der Bundesregierung erst im April bzw Mai 2025 profitieren. Auch hier ist vorgesehen, dass die Mieten zunächst um 5% angehoben werden und es im Anschluss zu häufigeren Anhebungen kommt als bisher.

Mieter:innen von gemeinnützigen Bauträgern profitieren erstmals im April bzw Mai 2024, wobei die größte Entlastung jene trifft, die bereits bisher die geringsten Mieten bezahlt haben.

Der Mietendeckel der Bundesregierung ist kein effektives Instrument zur Reduktion der Wohnkosten! Er beschränkt die Anhebung von Mieten in Zukunft mit maximal 5% pro Jahr, obwohl die Inflation nach aktuellen Prognosen bereits ab 2024 unter 5% liegen wird. Ab 2027 sollen auch Steigerungen über 5% erlaubt sein. Die Mieten, die durch die hohe Inflation der letzten Jahre bereits für viele Arbeitnehmer:innen existenzbedrohend sind, sollen nicht reduziert werden, sondern in einem halben bzw in eineinhalb Jahren um weitere 5% steigen. **Diese Steigerungen belasten die Mieter:innen zusätzlich zu den ab 2022 bereits erfolgten Anhebungen von bis zu 24%.** Weiters plant die Bundesregierung, Mieten zukünftig öfter anzuheben als bisher. Besonders heikel für Mieter:innen ist außerdem die Ankündigung der Bundesregierung das Gesetz auch noch zur Gänze in den Verfassungsrang heben zu wollen. Zukünftige Erleichterungen für Mieter:innen könnten dann nur noch mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden!.

Die Arbeiterkammer Wien fordert eine echte Mietenbremse für alle Mieter:innen. Ausgenommen sollen ausschließlich jene Mietverhältnisse sein, für die gesetzlich ohnehin ein rein kostendeckender Mietzins vorgesehen ist. Die bereits erfolgten Anhebungen der Mietzinse sind außerdem teilweise rückgängig zu machen. Das ist erforderlich, weil die Bundesregierung nicht rechtzeitig reagiert hat, weshalb sich viele

Arbeitnehmer:innen ihre Miete bereits jetzt nicht mehr leisten können. Für die Zukunft sollen Mieten um höchstens 2% pro Jahr steigen. Diese Verbesserungen sollen allen Mieter:innen zugutekommen. Eine verfassungsrechtliche Verankerung der Mietenbremse darf nur im erforderlichen Ausmaß erfolgen, damit auch zukünftig Erleichterungen für Mieter:innen mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung auf:**

- **Alle Mietzinsanhebungen der letzten beiden Jahre rückwirkend mit 2% pro Jahr zu beschränken.**
- **Zukünftige Mietzinssteigerungen für alle Mietverträge mit 2% pro Jahr zu beschränken.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich